

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1895

17.1.1895 (No. 17)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 17. Januar.

№ 17.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1895.

Amtlicher Theil.

Durch Verfügung des königlichen Kriegsministeriums vom 9. Januar d. J. ist Folgendes bestimmt:
Corps-Intendantur:

Scholz, Intendantursekretariatsassistent, zum Intendantursekretär ernannt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 16. Januar.

Der Rücktritt des Herrn Casimir-Perier von der Präsidentschaft der französischen Republik ist offenbar nicht das Ergebnis einer augenblicklichen Verstimmung; der Gedanke, auf das ihm von den gesetzgebenden Gewalten der Republik übertragene Amt Verzicht zu leisten, hat gewiß seit längerer Zeit bereits Herrn Casimir-Perier befallen, und der mit geradezu frivoler Leichtfertigkeit herbeigeführte Sturz des Ministeriums Dupuy hat Herrn Casimir-Perier veranlaßt, die längst gehegte Absicht zur That werden zu lassen. Der Präsident sah sich in der letzten Zeit einer direkt gegen das Staatsoberhaupt gerichteten rücksichtslosen Opposition gegenübergestellt, deren Angriffe er in seinem Amte nicht abzuwehren vermochte. Die Thatsache, daß in einem entscheidenden Wahlgange französische Wähler einen seiner rücksichtslosesten Angreifer, der auch vor der Verbreitung persönlicher Verdächtigungen des Präsidenten nicht zurückschrak, in die Kammer entsandten, mußte Herr Casimir-Perier als eine unmittelbare gegen seine Person gerichtete Kundgebung betrachten und der völlig unmotivirte und nur angelehnt an gewisse parlamentarischen Bestrebungen begriffliche Sturz Dupuy's in einer im Augenblick minder wichtigen Frage magden Präsidenten der Republik zur Ueberzeugung gebracht haben, daß bei einer derartigen Auffassung und Ausübung des parlamentarischen Regiments auf die Dauer doch nichts Ersprießliches für Land und Volk geleistet werden könne. Von dem ihm zustehenden Rechte der Berufung an die Wähler sah Herr Casimir-Perier wohl deshalb ab, weil zu befürchten war, daß angesichts der verworrenen politischen Zustände und der völligen Demoralisation eines nicht geringen Theils der Wählerschaft die Republik neuen Verleugungen ausgesetzt gewesen wäre. Als ehrlicher Politiker und unabhängiger Mann entschied sich der Präsident für den Rücktritt vom Amte; die Nationalversammlung wird am nächsten Donnerstag zu entscheiden haben, ob Herrn Casimir-Perier neuerdings das höchste Staatsamt übertragen oder ob ein Anderer mit dieser Würde betraut werden soll. Nicht nur für Frankreich wird das Ergebnis der Abstimmung bedeutungsvoll sein; das Ausland ist an demselben in hohem Grade mitbetheiligt und es kann nur wünschen, daß die Republik nicht einer abenteuerlichen Politik entgegengeführt wird. Casimir-Perier und mit ihm alle ehrlichen französischen Politiker sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß den sozialistischen Angriffen nur dann die wirksame Grundlage entzogen werden kann, wenn die „bürgerlichen“ Männer der finanziellen Korruption schonungslos entlarvt und für die Öffentlichkeit unerschöpflich gemacht werden. Hier gilt es, reinen Tisch zu machen, mögen auch bei dieser Säuberungsarbeit manche der „glänzenden“ parlamentarischen und gesellschaftlichen Sterne der Republik zum Erlöschen gebracht werden. Wie immer das Ergebnis der Abstimmung im Kongresse sich gestalten mag, wer immer zum Manne der nächsten Zukunft in Frankreich ausgerufen werde, das eine steht unverrückbar fest: eine geordnete Staatsverwaltung, eine ersprießliche Arbeit der parlamentarischen Körperschaften wird erst dann ermöglicht werden, wenn es gelingt, der finanziellen Ausschlagung der Abgeordnetenmandate entgegenzuwirken und den Herren Deputirten begreiflich zu machen, daß sie zur Wahrung der Interessen des Staates da sind und nicht den Staat zum Ausbeutungsobjekt herabwürdigen dürfen. Weitergehende politische Betrachtungen werden erst dann am Platze sein, wenn der Kongreß gesprochen haben wird.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Januar.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Königl. Preussischer Handelsminister v. Verleipsch: Die Ausführungen des Herrn Richter entsprechen durchaus der menschlichen Anschauung, daß der Mensch sich mit seinen eigenen Kräften im Leben durchzusetzen hat. Was gesund sei, bleibe gesund, was schwach, bleibe schwach trotz aller wirtschaftlichen Gesetze. Auf diesem Standpunkt allerdings haben die verbündeten Regierungen und die preussische Staatsregierung seit langen

Jahren nicht mehr gestanden. Nach meiner Ueberzeugung haben die Anungen ihr Ziel deshalb nicht erreicht, weil ihre Mitgliederzahl und ihre Kräfte nicht stark genug gewesen sind, um ihre Ziele zu erreichen. Das wird anders werden, wenn innerhalb eines bestimmten Bezirks die Genossen eines Handwerks aufzukommen und genügend sind, die erforderlichen Kosten aufzubringen. Wenn der Abgeordnete Richter den bestehenden Handelskammern eine Bedeutung abgesprochen hat, so muß ich dieselben gegen diesen Vorwurf auf das Entschiedenste in Schutz nehmen; die Handelskammern sind durchaus sachverständige und für die Regierung im höchsten Grade nützliche Organe. Der Abgeordnete Richter ist auch falsch unterrichtet, wenn er glaubt, daß der Staatssekretär v. Boetticher meine Vorschläge in Bezug auf die vorliegende Frage, zum großen Theil wenigstens, zurückweise. Diese Vorschläge sind von dem Herrn Staatssekretär v. Boetticher und von mir gemeinsam ausgearbeitet. Wir sind beide von der Voraussetzung ausgegangen, daß es sich dabei nur um eine Grundlage für die Beförderung der Organisation des Handwerks und der Regelung des Lehrlingswesens handelt; wir hatten keine gesetzgeberische Arbeit zu liefern. Ohne eine Organisation des Handwerks, und zwar ohne eine solche Organisation, die alle Handwerker umfaßt, auch diejenigen, welche widertreiben, ist eine Beförderung der Verhältnisse des Handwerkerstandes nicht möglich. Ich kann aber konstatieren, daß die Kritik sich vorwiegend dahin ausspricht, daß, wenn sie auch mit der Art der Vorschläge im Einzelnen nicht einverstanden sei, sie doch dem Prinzip der Zwangsorganisation zustimme. Auch in Eilenach hat man sich nicht ablehnend gegen eine Zwangsorganisation verhalten. Zunächst ist eine solide Basis für die Handelskammern zu schaffen. Es ist ganz unmöglich, daß die Handelskammern z. B. das Verleipsch'sche Wesen verbessern können, wenn sie nicht eine Unterorganisation als ausübendes Organ haben. Die Frage des Unterbaues ist noch nicht genügend geklärt, dagegen wird bezüglich der Handelskammern ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der, wenn auch provisorisch, die Interessen des Handwerkerstandes regulirt, während für die Frage des Unterbaues für die Handelskammern noch eine Reihe von Erhebungen nöthig ist. Ich hoffe, daß der erste Gesetzentwurf noch in dieser Session eingebracht werden kann. Ein Gesetzentwurf über den Unterbau wird hoffentlich im nächsten Jahre vorgelegt werden können, und es wäre in hohem Grade wünschenswert, wenn wir dann schon die Handelskammern hätten. Sie ergeben also hieraus, daß die Regierung sich nicht mit Besprechungen begnügt, sondern zu Thaten übergegangen ist. Die gewöhnlichen Fragen werden heute in ernsthaftester Weise geprüft, die Erörterungen des gewöhnlichen Mittelstandes werden sorgfältig erwohnen. Wenn auch eine Organisation des Handwerks allein die wirtschaftlichen Verhältnisse noch nicht verbessern kann, so wird doch eine solche Organisation den Zusammenschluß aller Handwerker, das Zusammenrathen und Thaten mit den Gewerdegewissen wesentlich erleichtern und fördern.

Hr. Jacobstötter (Konf.): Wir halten es für selbstverständlich, daß alle Parteien für die Aufrechterhaltung des Handwerkerstandes eintreten. Es hat mich gefreut, daß auch die national-liberale Partei erklärt hat, dies zu thun. Anungen haben wir seit Jahrhunderten, auf deren Boden sich der Handwerkerstand entwickelt. Deutztaage ist alles obligatorisch; da müßte doch auch der Zwang bestehen, einer Innung beizutreten. Der Handwerkerstand verlangt auch den Beschäftigungsnachweis, denn es gibt nicht einen einzigen Beruf im Lande, in welchem der Staat irgend Jemand anstelle, der nicht seine Befähigung nachgewiesen hätte. Wir wollen durchaus eine Organisation des Handwerks auf geschäftlicher Grundlage und hätten gern gesehen, daß man mit positiven Vorschlägen zur Hebung des Handwerks an uns gekommen wäre. Wir halten es für eine dringende Pflicht des Staates, den Handwerkerstand nach allen Richtungen hin zu stützen.

Hr. Koll (Soz.): Die Nationalliberalen sind die Vertreter der Großindustrie, die den Handwerkerstand zu Boden drückt. Wir haben die Gewerbefreiheit niemals verlangt, die Nationalliberalen haben sie empfohlen, und wenn sie sich jetzt der Handwerker annehmen, so wird die Sache tragikomisch. Die Gewerbefreiheit ist nicht die Ursache der schlechten Lage des Handwerks, sie ist vielmehr die Folge der industriellen Entwicklung. Man hält den Beschäftigungsnachweis für den einzigen Rettungsanker des Handwerks, aber von der Möglichkeit, denselben einzuführen, davon hat Niemand gesprochen. Herr v. Verleipsch hat die Forderung des Beschäftigungsnachweises als unerfüllbar bezeichnet. Redner ist derselben Ansicht und verweist auf die auf den Tisch des Hauses niedergelegten Schube; es seien darunter solche von Handarbeit und solche nur von Maschinenarbeit, zwischen denen nicht der geringste Unterschied zu sehen sei. Mit diesen Schufabriken, die 800 000 Paar Schube herstellen können, kann der Handwerker nicht konkurriren. Bei 25 Pf. Gehalt für jedes Paar ergibt sich eine Einnahme von 200 000 M. Ein Paar Maschinen-schube kostet 85 Pf., ein Paar Schube von Handarbeit 1 M. 85 Pf. Arbeitslohn; dabei läuft der Großindustrielle seine Rohmaterialien um 25 bis 33 Proz. billiger als der Handwerker. Was soll dem gegenüber der Beschäftigungsnachweis?

Deutschland.

Berlin, 15. Jan. Die Sonntagsruhe im Eisenbahngüterverkehr ist bekanntlich durch einen Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 20. Novbr. 1893 für die preussischen Staatsbahnen angeordnet worden. Im Anschluß daran sind vom Reichseisenbahnamt Verhandlungen mit den Vertretern der verbündeten Regierungen eingeleitet worden, um den Güterverkehr an

(Mit einer Beilage.)

Sonn- und Festtagen auf allen deutschen Eisenbahnen möglichst einzuschränken. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist eine am 8. Mai 1894 festgestellte Reihe von „Grundlagen für die Einführung der Sonntagsruhe im Güterverkehr der Eisenbahnen Deutschlands“, zu dem neuerdings noch die Verwaltungen in München, Stuttgart, Karlsruhe, Straßburg, Darmstadt, Ludwigshafen und Mainz ein besonderes Abkommen getroffen haben, das sich den „Grundlagen“ anschließt und für die den genannten Verwaltungen unterstellten Linien noch einige Zusatzbestimmungen enthält. Nunmehr haben sich nach einer Mittheilung des Reichseisenbahnamts an den preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten sämtliche Bundesregierungen bereit erklärt, auf den Eisenbahnen ihres Staatsgebiets die Sonntagsruhe im Güterverkehr nach den Grundlagen vom 8. Mai 1894 spätestens bis zum 1. Mai 1895 durchzuführen.

Berlin, 15. Jan. Das kriegsgerichtliche Urtheil über die in Untersuchungshaft genommenen preussischen Oberfeuerwerkerführer ist gesprochen und seitens des zuständigen Gerichtsbereichs bestätigt. Sammtliche Inhaftirte sind bekräftigt worden. — Die große Mehrzahl — 131 — erhielt wegen Ungehorsams je sechs Wochen und einen Tag Gefängnis, welche Strafe durch die erlittene Untersuchungshaft für verblüßt erachtet wurde. 31 andere wurden wegen Ungehorsams, Achtungsverletzung, gemeinsamer Achtungsverletzung und Drohung, je nach der Schwere der den Einzelnen zur Last fallenden Vergehen, mit Gefängnis von sechs Wochen und zwei Tagen bis zu neun Monaten unter entsprechender Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft bestraft. Gleichzeitig wurden von dieser Kategorie zehn degrabirt. Endlich ist ein Unteroffizier wegen Aufwiegelung und gemeinsamer Achtungsverletzung mit fünf Jahren und einem Tag Gefängnis (wovon durch die erlittene Untersuchungshaft 76 Tage als verblüßt zu erachten) und Degradation, und ein anderer Unteroffizier wegen Ungehorsams, Achtungsverletzung, gemeinsamer Achtungsverletzung und Aufwiegelung mit fünf Jahren und fünf Monaten Gefängnis und Degradation bestraft worden.

Stuttgart, 15. Jan. Zu den unerfreulichsten Erscheinungen der diesmaligen Wahlbewegung gehört die Art, wie die Wirthschaftsräte ihre besonderen Interessen zu vertreten bestrebt sind. Der Landesverband der Wirthschaft hat für seine Mitglieder die Parole ausgegeben, ohne Unterschied der Parteirichtung und selbst gegen die sonstige politische Ueberzeugung nur für solche Kandidaten einzutreten, die sich unbedingt für die Abschaffung des Umgeldes erklären. Das Umgeld, die von den Wirthschaftsräten erhobene Wirthschaftsabgabe vom Wein, ist die einzige Weinsteuern in Württemberg; seiner schon oft und viel erörterten Aufhebung haben sich bis jetzt immer zwei unübersteigliche Hindernisse in den Weg gestellt: die Schwierigkeit, eine allgemeine (auch von den Privaten zu erhebende) Weinsteuern einzuführen, ohne daß zugleich der schwer um seine Existenz ringende Weingärtnerstand empfindlich getroffen würde, andererseits der große Anfall für die Staatskasse, wenn man auf eine Besteuerung des Weins überhaupt verzichten wollte. Die Mehrheit der Kandidaten hat sich denn auch die Forderung der Wirthschaft nicht unbedingt zu eigen gemacht und namentlich die deutsche Partei und das Centrum haben das agitatorische Vorgehen der Wirthschaft entschieden mißbilligt. Der Wirthschaftsrath seinerseits hat neuerdings versucht, sein Vorgehen mit der Behauptung zu entschuldigen, daß die 1891 von der Kammer beschlossenen Verbesserungen und Erleichterungen der Kellerkontrolle von der Regierung nicht ausgeführt worden seien; da sei den Wirthschaften endlich der Gebuldsfaden gerissen. Nun weiß aber der „Staatsanzeiger“ nach, daß jene, von verschiedenen Seiten auch jetzt wieder empfohlenen, und noch manche andere Erleichterungen, gemäß den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer bereits seit Anfang 1893 auf dem Verordnungsweg durchgeführt sind, daß aber von einigen derselben seitens der Wirthschaft selbst nur ein ganz verschwindender Gebrauch gemacht wird. Gegenüber der Forderung einer einfachen Abschaffung des Umgeldes aber weist der „Staatsanzeiger“ darauf hin, daß es bei der Annahme eines Reinertrags von auch nur 2 Millionen Mark zur Deckung des Ausfalls eines Aufschlags bei sämmtlichen direkten Steuern um je 53 Proz. von 100 Mark steuerbaren Betrag jährlich bedürfte.

Oesterreich-Ungarn.

Das ungarische Amtsblatt wird heute die Ministerliste veröffentlicht. Es dürfte interessieren, über die neuen Männer, die Baron Vassfy der Krone vorgeschlagen hat, einiges zu erfahren: Der neue Minister des Innern, Desider Perczel, wurde 1848 geboren, trat 1868 in den Komitatsdienst, wurde 1871 Stubrichter und 1877 Vicegöspän im Tolnaer Komitat, in welcher letzterer Stellung er zehn Jahre verblieb. 1887 trat er zurück und wurde zum Abgeordneten des Vombader Bezirks gewählt. 1892 fungierte Perczel als Referent des Gesetzentwurfs über die Verwaltungsreform und wurde nach dem Selbstmorde Bokrosz zum Vicepräsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt. — Finanz-

minister Labians Lu facs wurde am 24. Oktober 1860 geboren. Er machte größere Reisen in Deutschland, Belgien und Frankreich. 1874 wurde er zum außerordentlichen Professor an der Raaber Rechtsakademie ernannt, welche Stellung er jedoch aus Gesundheitsrücksichten wieder aufgeben mußte. Ein Jahr später übernahm er die Leitung eines vom Vater erbten Bergwerks in Siebenbürgen. 1878 wurde er vom Bezirke Nagymarzen in das Abgeordnetenhaus gewählt, 1887 zum Ministerialrat im Finanzministerium ernannt, aus welcher Stellung er jedoch sehr bald scheidet, um sich in Abrudbanja wieder zum Abgeordneten wählen zu lassen. — Justizminister Alexander Edelvi hat seine Karriere in der Justizbranche bis zum Kurialrichter gemacht. Buerst zum zweiten Staatssekretär im Justizministerium ernannt, rückte er zum ersten vor, als Teleky diesen Posten verließ. — Kultusminister Blasics, welcher zu Neujahr im Namen der liberalen Partei die Begrüßungsansprache an Baron Banffy, den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, gerichtet hat, dürfte etwa 40 Jahre alt sein. Er hat seine Rechtsstudien an der Budabester und an der Wiener Universität vollendet, wo er Schüler Rudolf Jering's war. Dann wurde Blasics Mitglied der Österreichischen Anwaltschaft, von welcher er durch Szilagyi in das Justizministerium berufen wurde. Vor drei Jahren erfolgte seine Ernennung zum Universitätsprofessor und dann seine Wahl zum Abgeordneten. — Handelsminister Ernst Daniel wurde am 3. Mai 1813 geboren. 1865 wurde er Vizepräsident im Torontaler Komitat, 1867 Stuhlrichter, 1868 Gerichtsbeisitzer. 1870 entsandte ihn der Bega-Gaz. -Györgyer Bezirk in's Abgeordnetenhaus; seit 1876 ist er Mitglied der liberalen Partei. An verschiedenen landwirtschaftlichen und finanziellen Unternehmungen theilnehmend, entwickelte er eine sehr lebhaft thätigkeit auf diesen Gebieten. Seit mehreren Jahren fungierte er im Budgetausschuß als Referent des Ressorts des Handelsministers. — Baron Desiderius Banffy hat in Leipzig und Berlin studirt und dann in seiner Heimat Siebenbürgen die Verwaltungslaufbahn begonnen. Verschiedene Versuche, in das Abgeordnetenhaus zu gelangen, scheiterten; 1875 wurde Baron Banffy Dergespan des Szolnot-Dobokaer und später auch des Vitzthum-Rafobor Komitats und hat sich hier durch seine Maßregeln den Gaf der Sachten und Rumänen wie den Ruf eines rücksichtslosen Chauvinisten erworben. Er mußte deshalb weichen, als Graf Szopary mit den siebenbürgischen Sachten sich einigte, erhielt aber dafür die Präsidentschaft des Abgeordnetenhauses 1892, obgleich er vorher dieser Körperschaft nie angehört hatte. Besonders hat er in dieser Eigenschaft nicht geleistet, als Staatsmann konnte er überhaupt noch nie hervortreten, und alles, was man von seinen Fähigkeiten weiß, ist, daß er alle maqvarischen Bestrebungen mit größter Entschiedenheit fördern wird. Allerdings hat er den Verbältnissen doch Rechnung tragen müssen. Die sächsischen Abgeordneten der liberalen Partei wollten sofort austreten, als Banffy den Auftrag zur Kabinettsbildung erhielt, und er mußte sich zu bestimmten Zugeständnissen bequemen, um den Liberalen diese werthvollen Bundesgenossen zu retten.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 16. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte im Laufe des heutigen Tages die Vorträge des Präsidenten des Finanzministeriums, Staatsraths Dr. Buchenberger, des Geheimraths Freiherrn von Ungern-Sternberg, sowie des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo. Abends besuchte Seine königliche Hoheit das von dem königlich preussischen Gesandten, Geheimrath von Eisenbecher, und Gemahlin in den Räumen der Museums-Gesellschaft gegebene Ballfest.

Infolge heftigen Schneesturmes und dadurch verursachten Schneeverwehungen wurden in den letzten Tagen bei einzelnen Bahnen der Bahnstrecken Basel-Müllheim-Freiburg und Basel-Lörrach-Schopfheim nicht unerhebliche Betriebsstörungen hervorgerufen. Namentlich am 13. Januar wurden die Früh- und Vormittagszüge von Basel in Richtung nach Müllheim und nach Schopfheim bedeutend verspätet, bis es gelungen war, mittelst des Schneepfluges die Bahnstrecke frei und betriebsfähig zu machen.

An der Groß. Obstbauschule Augustenberg werden im laufenden Jahr voraussichtlich folgende Kurse abgehalten werden: 1. Vom 26. März bis 12. Mai und vom 26. August bis 12. Oktober der Hauptobstbaukurs; 2. vom 20. Mai bis 1. Juni ein Obst- und Gartenbaukurs für Frauen und Mädchen; 3. vom 10. bis 22. Juni ein Obstbaukurs für Personen reiferen Alters; 4. vom 5. bis 17. August ein Obstverwertungskurs für Frauen und Mädchen; 5. vom 14. bis 16. bezw. 19. Oktober ein Obstverwertungskurs für Männer; 6. vom 21. bis 23. Oktober ein Wiederholungskurs für ehemalige Obstbauerschüler; in Verbindung mit dem Hauptobstkurs I. Theil gegen Ende April, je nach der Witterung, ein Reboveredelungskurs von ca. drei Tagen. Außerdem werden noch Unterrichtskurse in Kollereiwesen und Bienenzucht abgehalten werden.

Der „Staatsanzeiger für das Großherzogthum Baden“ enthält in Nummer 1 vom 16. Januar: Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse Seine königlichen Hoheit des Großherzogs. Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbedörden; Dienstaufsichten. Des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts; die Aenderung von Familiennamen betreffend; die Bildung der Notarkammer betreffend; des Ministeriums des Innern: Bitte des Gartenbauvereins Forzheim um Verleihung der Körperschaftsrechte; den Landwirtschaftsrath betreffend; die staatsärztliche Prüfung betreffend; die Naturalleistungen für die photographe Macht im Frieden betreffend; die Hauptprüfung im Forstfache im Dezember 1894 betreffend; die Ausgabe von Schulverschreibungen auf den Inhaber durch die Stadtgemeinde Bruchsal betreffend.

Auf den Bahnstrecken Alessandria-Senua, Aquni-Senua und Turin-Savona) ist der Personen- und Güterverkehr wegen Schneeanhäufungen zwischen den Stationen Ronco und Novi, Campoligure und Ovada, sowie zwischen San Giuseppe und Savona bis auf weiteres unterbrochen.

(Groß. Hoftheater.) Zu der für das Geburtsfest Seiner Majestät des Deutschen Kaisers in Aussicht genommenen Preisvorstellung des „Lohengrin“ am 27. Januar wird Frau Marie Brema aus London in der Partie der Trudrud ein einmaliges Gastspiel absolviren. Das Auftreten der Künstlerin wird um so größerem Interesse begegnen, als dieselbe die Rolle der Trudrud in diesem Jahre in Bayreuth mit großem Erfolge

gelungen hat und auch für die Bayreuther Nibelungen-Vorstellungen des Jahres 1896 für die Partie der Brünhilde in Aussicht genommen ist.

(Zur Kunstgewerbemuseum) ist vom heutigen Mittwochs ab der Kunstschrein ausgestellt, welcher bekanntlich von den badischen Städten und Gemeinden Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog zum Regierungsjubiläum gewidmet wurde und der mit Allerhöchster Genehmigung bisher in den größeren Städten des badischen Oberlandes ausgestellt war. Das in reichster Durchbildung aus Ebenholz und Silber mit farbigen Relief- und Flachintarsien ausgestattete Kunstwerk wurde nach zweijähriger Arbeit im letzten Sommer fertig gestellt und auf Schloß Mainau übergeben. Mit der Festgabe ist zugleich auch in dem Widmungsgremiale die illustrierte Publikation ausgestellt, welche über dieselbe erschienen ist. — Gleichzeitig befindet sich auf den Galerien des Vichthofes die vom badischen Kunstgewerbeverein angeordnete Ausstellung von Entwürfen zu Innendeckelungen. Dieselbe umfaßt mehrere Hundert von äußerst vielseitigen und interessanten Arbeiten, bestehend in Handzeichnungen, Aquarellen, Photographien von kunstgewerblichen Entwürfen, Aufnahmen und Reliefstudien heimischer Kräfte, so daß der Besuch der Ausstellung gewiß ein sehr lohnender sein dürfte. Dieselbe ist täglich, mit Ausnahme Samstags, in den üblichen Stunden unentgeltlich geöffnet.

(Evangel. Kirchengemeinderathswahlen.) Bei den heute stattgehabten Wahlen zur Kirchengemeinderathswahl sind die Listen der Liberalen in allen fünf Pfarreien mit großer Mehrheit durchgegangen. In der Westpfarre wurden 360 Stimmen abgegeben. Gewählt wurden: Ansbacher, Dr. Ludwig, Geh. Oberregierungsrath, Boeck, Max, Rechtsanwalt und Stadtrath, Kiefer, Otto, Professor, Swin, Julius, Notar a. D., Sprenger, Albert, Ministerialrat a. D. v. Stöffer, Gustav, Geheimrath, Thoma, Albrecht, Professor, Hoffmann, Karl, Stadtrath, Fink, Wilhelm, Direktor. Mit je 300 Stimmen.

In der Mittelpfarre wurden 429 Stimmen abgegeben. Gewählt wurden: Hoyer, August, Kaufmann (mit 335 Stimmen), Reichlin, Hermann, Stadtrath (338), Käpfele, Ludwig, Stadtrath (335), Himmelheber, Karl, Stadtrath (337), von Stöffer, Dr. Ludwig, Oberkirchenrath-Präsident (337), Wallraf, Gustav, Geh. Hofrath (329), Vogt, Adam, Hauptlehrer (335), Geh. Karl, Privatmann (337), Gamm, Julius, Oberlehrer (336).

In der Ostpfarre wurden 384 Stimmen abgegeben. Gewählt wurden: Riehe, Wilhelm, Kaufmann, mit 242 Stimmen, Krämer, Johann, Bürgermeister (243), Dertel, Christian, Kaufmann (241), Schmidt, Louis, Generalsekretär (241), Augenfein, Karl, Architekt (242), Weiß, Jakob, Weinbändler (242), Clever, August, Privatmann (243), Erb, Wilhelm, Kaufmann (242), Bahl, Johann, Hauptlehrer (241), Poppen, Hermann, Regierungsbaumeister (240).

In der Südpfarre wurden 403 Stimmen abgegeben. Gewählt wurden: Denzler, August, Drehermeister, mit 322 Stimmen, Gräßner, Leopold, Hofgärtner (323), Raich, Max, Postleiferant (317), Schneider, David, Hofsilberverwalter (318), Bomberg, Philipp, Privatmann (321), Walz, Ludwig, Stadtrath (321).

In der Südpfarre wurden 429 Stimmen abgegeben. Gewählt wurden: Glod, Ernst, Privatmann (mit 297 Stimmen), Hoff, Hermann, Fabrikant (298), Wille, Adolf, Kaufmann (297), Lang, Friedrich, Buchdruckereibesitzer (291), Ries, Friedrich, Stadtgartenverwalter (291), Racroix, Albert, Maurermeister (296), Neßler, Dr. Julius, Geh. Hofrath (297), Neugebauer, Friedrich, Werkmmeister (297), Hed, Jakob, Drehermeister (293), Kasper, Julius, Hauptlehrer (296).

(Schneeeobachtungen.) In der Woche vom 5. bis 12. Januar hat es mehrmals geschneit, doch hat die Schneedecke nur stellenweise einen erheblichen Zuwachs erhalten; in manchen Orten hat sie sogar gegen Schluß der Woche theils durch Zusammenfließen, theils durch Verdunstung eine kleine Verminderung erfahren. Am Morgen des 12. sind gelegen in Hartmangen 88, in Dürheim 25, in Stetten a. L. M. 46, in Heiligenberg 36, in Bollhaus 48, beim Feldberger-Dorf 136, in Litzsee 55, in Vonnendorf 42, in Hohenstamm 66, in Bernau 74, in Gerbsch 105, in Todtnauberg 84, in Heubronn 65, in St. Märgen 95, in Kniebis 100, in Herrenwies 97, in Kaltenbrunn 98, in Tiefenbrunn 32, in Krautheim 20, in Strümpfelbrunn 45, in Efsenz 28 und in Buchen 23 cm.

(Schießübungen.) Durch das zweite Bataillon des 1. Bad. Leib-Grenadierregiments Nr. 109 wird am Donnerstag den 17. Januar auf dem Forstheimer Exerzierplatz ein Schießen mit scharfen Patronen mit der Schußrichtung nach Südosten abgehalten. Das Schießen beginnt um 1/3 Uhr Nachmittags und endet um 7 Uhr Abends. Das geschätzte Gelände wird durch Posten abgesperrt, deren Anordnungen unbedingt Folge zu leisten ist. Die Straßen Ettlingen-Forchheim, Ettlingen-Müsch sind gesperrt, Ettlingen-Dummersheim, Grünwinkel-Forchheim, Grünwinkel-Baluch bleiben für den Verkehr offen.

(Die Photographische Gesellschaft) hielt vorigen Dienstag im „Hotel Eubring“ die erste Generalversammlung des neuen Jahres ab. Der Vorsitzende, Herr Schmidt, erstattete in klarer und übersichtlicher Weise Bericht über die Thätigkeit der Gesellschaft im verfloffenen Jahre. Daß die Gesellschaft, die bereits 57 Mitglieder zählt, wirklich Bedeutendes geleistet hat, davon geben die im Vereinslokal ausgestellten Bilder, die bei der vom Mai bis Oktober in Mailand stattgehabten Ausstellung mit zwei silbernen Medaillen prämiirt wurden, bestes Zeugniß. Daß das Interesse der einzelnen Mitglieder an dem Ziele der Gesellschaft ein sehr großes ist, zeigen die zahlreichen Vorträge, die im Laufe des Jahres gehalten wurden. Ferner fanden zwei Projektionsabende statt, die den Damen Gelegenheit boten, die photographischen Erzeugnisse der Gesellschaft zu bewundern. Noch zu bemerken wäre, daß die Photographische Gesellschaft dem „Verbande der Rundschauvereine“ beigetreten ist, der bezweckt, daß die photographischen Vereine Deutschlands mit einander in Fühlung bleiben, theils durch Mittheilungen in dem Organ des Verbandes, der „Photographischen Rundschau“ (Herausgeber Dr. K. Neuhäus, Berlin) und theils durch Zirkulation der Wandermappen, die aus nächstem von hiesiger Gesellschaft mit schönen Bildern ausgestattet — den Auswärtigen die Thätigkeit der Mitglieder vor Augen fährend — ihre Rundreise antreibt. Der Vorstand der Gesellschaft blieb im allgemeinen derselbe. Als erster Vorsitzender wurde Herr Dozent Schmidt und als Kassier Herr Glod einstimmig wiedergewählt. Als Schriftführer wurde für den aus seinem Amt aus geschäftlichen Rücksichten ausscheidenden Herrn Teuber Herr Walter in Vorschlag gebracht, der auch das Amt dankend annahm.

(Schwurgericht.) Gestern Nachmittag 4 Uhr hatte sich die 20 Jahre alte Arbeiterin Rosina Ulbrich aus Biala wegen Kindesbittung zu verantworten. Die Angeklagte ist be-

schuldigt, ihr Kind nach der Geburt erdroffelt zu haben. Nach Bejahung der Schuldfrage durch die Geschworenen verurtheilte der Gerichtshof die Angeklagte zu 2 1/2 Jahren Gefängniß abzüglich drei Monate Untersuchungshaft. — Unter dem Vorsitz des Landgerichtsraths Dier wurde heute Vormittag gegen Friederike Kammereth, geschiedene Brandt aus Birnsheim, und Rosine Entner, geb. Kühne aus Heimsheim, wegen falschen eidlichen Zeugnisses bzw. Anklage verhandelt. Die öffentliche Anklage vertrat Herr Staatsanwalt Dillier, die Verteidigungsführten die Herren Rechtsanwält Fischer und Gutman. In einem Kuppelprozeß gegen die zweite Angeklagte, der im November v. J. vor der hiesigen Strafkammer verhandelt wurde, gab die Kammereth zu Gunsten der Entner, um dieselbe zu entlasten, ein falsches Zeugniß wider besseres Wissen ab. Die Angeklagte gibt dies heute unumwunden zu und will hierzu durch die Entner veranlaßt worden sein, die sie in Forzheim wiederholt gebeten habe, sie nicht in das Unglück zu führen. Die Angeklagte Entner gibt heute gleichfalls zu, die Kammereth gebeten zu haben, in dem Kuppelprozeß die Unwahrheit zu sagen, doch sei sie der Meinung gewesen, daß diese Aussagen nicht beschwören würden. Beide Angeklagte, die wegen überlischen Lebenswandels vorbestraft sind, benahmen sich wiederholt höchst ungebührlich, so daß der Vorsitzende gegen die Kammereth eine Ordnungskraft androhen mußte. Das Jüngerverhör bestätigte im allgemeinen die Anklage wie das Geständniß der Angeklagten, worauf die Geschworenen die Schuldfragen bejahten. Der Gerichtshof verurtheilte hierauf die Kammereth zu 2 Jahren Zuchthaus, abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft, und die Entner zu 2 Jahren 20 Tagen Zuchthaus, des ferneren Beide zu 5 Jahren Ehrenverlust.

(Kleine Nachrichten aus Karlsruhe.) Der Polizeibericht verzeichnet mehrere kleine Diebstähle. — Eine Köchin aus München, die bei einer Herrschaft in der Werderstraße bedienstet war, wurde wegen Diebstahls verhaftet.

Wörschach, 14. Jan. Heute Nachmittag kurz nach 2 Uhr ereignete sich hier ein betäubender Unglücksfall. Schlossermeister R. König machte sich mit einem geladenen Revolver zu schaffen. Pöblich entlad sich ein Schuß und König kürzte todt zu Boden. Der Verunglückte war, wie man dem „Hdb. Tabl.“ schreibt, ein sehr geschickter, fleißiger, geachteter Mann und hinterläßt eine Witwe mit einem wenige Monate alten Kind.

Wannheim, 16. Jan. Das Hilfskomite für die in Italien durch Erdbeben Beschädigten theilt dem „Wannheimer Generalanzeiger“ mit, daß die Sammlungen für die Nothleidenden in Italien bis zum 15. Januar d. J. die Summe von 4 608 M. ergeben haben und daß das Hilfskomite an das Ministerium des Auswärtigen in Rom gestern 6 000 Lire überwiesen hat.

Wannheim, 15. Jan. Fräulein Sophie Brechter feiert am kommenden Sonntag, 20. Januar, ihren 100. Geburtstag. Die alte Dame, welche in den letzten Jahren mehrfach durch Unfälle und Krankheiten zu leiden hatte, befindet sich gegenwärtig, ihrem Alter entsprechend, ziemlich wohl. Fräulein Brechter war früher hier als Industrieführerin thätig.

Seibelsberg, 15. Jan. Zum Direktor der Universität wurde für das Studienjahr 1895 auf 1896 Geheimrath Königberger gewählt.

Offenburg, 15. Jan. Mit großer Bähigkeit verfolgt die Section des Schwarzwaldbereins das Projekt der Erteilung eines Ausfichtskurses auf der sog. Brandt, einem der lohnendsten Aussichtspunkte des nahe gelegenen Gebirgsstockes. Um das Projekt seinem Ziele in wünschenswerther Höhe entgegenzuführen, ist die Ausgabe von unverzinslichen, auf den mäßigen Betrag von je 10 M. lautenden Antheilscheinen, deren Rückzahlung innerhalb weniger Jahre an den regelmäßigen Einnahmen der Section gesehen kann, beabsichtigt. — Ein Vortrag, welchen Herr Professor Dr. Max Gellert am Abend über „Grillparzer“ zu Gunsten des Vereins badischer Lehrerinnen vor einem gewählten Publikum hielt, fand sehr freundliche Aufnahme. — Vorzuehnen und gestern vollzogen sich die Wahlen zum Geweregericht, dessen Einbringung am 1. Februar die Gemeindevertretung beschlossen hat. Bei der Wahl der Arbeitnehmer siegte die Liste der Sozialdemokraten, welche seit vier Wochen an der Arbeit waren und um so leichteres Spiel hatten, als auffallendweise weder vor der Wahl eine Gegenagitation sich bemerkbar machte, noch bei der Wahl selbst von anderer Seite eine Theilnahme stattfand. Bei der Wahl der Arbeitgeber erlangte eine in letzter Stunde von dem katholischen Bürgerverein aufgestellte gemischte Liste die Majorität. Bei den Wahlen theilnehmten sich etwa 50 Prozent der eingeschriebenen Wahlberechtigten.

Aus dem Wiesenthal, 15. Jan. Bei heftigem Westwinde trat gestern Abend ein plötzliches Steigen der Temperatur von Morgens 8 Grad Rülte auf 10 Grad Wärme mit heftigem Regen ein, der zum Glück gegen den Morgen aufhörte, so daß die Schneeschmelze in langsamem Tempo sich vollzieht, immerhin ist die Wiese schon ziemlich hochgehend, ohne daß man indessen Besorgniß zu hegen braucht, denn nach der Regulirung hat sie starken Fall und freien Abfluß, so daß ein Unglück wie 1881 nicht mehr zu befürchten ist. Ob der rapide Temperaturwechsel mit dem im hinteren Thal Schopfheim bis Schönnau am Sonntag Abend fühlbaren Erdstößen in Verbindung steht, ist für uns ungewiß. — Bei einer Zählung der Vereine in Bruchsal ergab sich, daß diese Stadt bei 8 400 Einwohnern die städtische Zahl von 52 Vereinen in sich birgt.

Konstanz, 15. Jan. Den Reigen der diesjährigen, von der Wessenberg-Denkmal-Stiftung veranstalteten Vorträge im Museumsaal eröffnete gestern Herr Wilhelm Harter aus Karlsruhe. Er sprach vor einem zahlreich erschienenen Publikum, worunter die Damenwelt sehr stark vertreten war, über das Thema: „Die Frau auf der Bühne“, und wußte durch seine interessanten Mittheilungen und geistreiche, lichtvolle Darstellung die Zuhörer so zu fesseln, daß man trotz der 4 stündigen Dauer des Vortrags nur ungern seinem Ende entgegen sah. Reichlich wohlworbender Beifall verlieh der dankbaren Gesinnung des Publikums gegen den Redner einen äußeren Ausdruck. — In der am letzten Samstag abgehaltenen Generalversammlung des Bezirksinvalidenvereins Konstanz wurden die Herren Professor Julius Conrad und Fabrikant Franz Schneider zu Vorstandsmittgliedern gewählt. — Der im vorigen Jahre gegründete Artillerie- und St. Barbara-Konstanz hielt am 5. Januar d. J. seine erste Generalversammlung, in welcher Herr Melchior Arnold, Bezirksamtsdiener, als erster und Herr Alfred Böhringer, Kaufmann, als zweiter Vorstand wieder gewählt wurden. Eine Beschlüßfassung über den Eintritt in den badischen Militärvereinsverband, Gauverband Högau, wurde verschoben.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Am 11. Januar fand in Wien, 56 Jahre alt, der Portrait- und Historienmaler August Lang. — In der gleichen Stadt ist

am 12. Januar der Landschaftsmaler Josef Schwaninger in dem hohen Alter von nahezu 90 Jahren gestorben. — Der Geh. Kirchenrath Dr. phil. et theol. Julius Böhle, Pfarrer in dem Dorfe Kosebühl bei Altenburg, beging am 8. Januar in geistiger und körperlicher Mäßigkeit seinen 90. Geburtstag. Er ist durch seine gediegenen philologischen Arbeiten in weiteren Kreisen bekannt, namentlich durch die erste Gesamtausgabe des „Ultilas“, sodann durch den „Nachtrag“ zu jenen Werken, in dem er die Uppströmische Ausgabe des „Ultilas“ kritisch beleuchtete, und schließlich durch seine „Beiträge zur Textberichtigung und Erklärung der „Ultilas““. — August Strindberg, der sich bei chemischen Versuchen die Hände so sehr verbrannt hat, daß man eine Verätzung befürchtet, befindet sich gegenwärtig im Hospital Saint-Rouis in Paris, wo er mit der größten Sorgfalt gepflegt wird. Die Ärzte erklären den Zustand des Schriftstellers für bebenklich. — Eine Novität auf dramatischem Gebiete erscheint im Verlag von Max Bohlmann in München; es ist ein vieraktiges Schauspiel, betitelt „Der eigene Richter“ von Hanns Leonhardt, einem Münchener Schriftsteller. Das Stück hat nach den vorliegenden Beprobungen Aussicht, aufgeführt zu werden. — Am Darmstädter Hoftheater wurde Ferdinand Sumerl's einaktige Oper „Mara“ am Sonntag zum erstenmal mit gutem Erfolg aufgeführt.

Neueste Telegramme.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Jan. Beratung des Antrags des Grafen Komvess, die Aufhebung des Jesuitengesetzes betreffend.

Graf Komvess (Centr.) bedauert, daß der Bundesrath dem Beschluß des Reichstags, betreffend die Aufhebung des Gesetzes über den Orden Jesu, nicht Folge geleistet habe. Das Centrum werde den Antrag so lange wiederholen, so lange es notwendig. (Beifall im Centrum.) Das Gesetz bilde eine Verletzung des religiösen Bewußtseins wie der durch die Verfassung gewährleisteten Rechte. Er wolle anerkennen, daß von dem Ausweisungsgesetz gewisse Orden ausgenommen seien. Die Regierung fordere die Religion im Kampfe für die Erhaltung der Ordnung an, um diesen Weg gangbar zu machen, bitte er, den Antrag anzunehmen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Mantuffel (konf.) erklärt, die Konservativen hätten noch auf dem Standpunkt, den er in der letzten Session dargelegt habe, seit damals habe sich nichts geändert, sie würden also wieder gegen den Antrag stimmen. (Beifall bei den Konservativen.)

Abg. Schröder (nat.): Die Römisch-Katholischen könnten nicht verlangen, daß der Staat Alles thue, was sie für recht hielten; was dieselben verlangten, würde zum römischen Staat führen. (Widerspruch im Centrum.) Er bitte, den Antrag abzulehnen.

Abg. Wielecki (Pole) fährt aus, daß die polnische Fraktion für den Antrag des Centrums stimmen werde.

Abg. Zieleski (Soz.) fährt aus, daß es für die Sozialdemokratie keine zweifachen Grundzüge gebe. Sie verlange gleiches Recht für Alle. Sie werde grundsätzlich gegen jedes Ausnahmengesetz, also auch gegen das Jesuitengesetz stimmen. Die Jesuiten seien freisinniger gewesen, als die Protestanten. Die Jesuitenmoral sei unendlich besser, als die jesuitische Moral des heutigen Tages, wo der Staat, der den meisten Umsturz herbeiführe, eine Umsturzvorlage einbringe. Redner weist auf die Demission Casimir-Periers hin, so wie diesem, würde es auch Anderen gehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Marquardsen (nat.-lib.) weist auf die Erklärung seiner Partei bei der letzten Beratung hin und erklärt, daß die Nationalliberalen gegen den Antrag stimmen würden.

Abg. Riederer (freil. Ver.) motivirt seinen Standpunkt, den er in zweiter Lesung noch besonders ausführen werde, dahin: „Die Jesuiten, soweit sie Ausländer sind, sollen ausgewiesen werden“. Er bitte jedoch, heute nicht in die zweite Lesung einzutreten.

Abg. Stumm (Reichsv.) steht auf dem Standpunkt wie 1893. Zum Antrag Riederer könne er, da derselbe noch nicht vorliege, keine Stellung einnehmen.

Abg. Werner (Reformpartei) unterstützt namens der deutschen Reformpartei den Antrag Riederer, in die zweite Lesung nicht einzutreten. Hieraus wird die Diskussion geschlossen. Das Schlusswort erhält Abg. Zieleski als Mitantwärtiger. Es handelt sich hier um einen geistigen Kampf, der nicht durch die Unterdrückung der Minorität durch die Majorität entschieden werden könne. Redner protestirt gegen Riederer, der ausgeführt, daß das Verhalten des Centrums der Umsturzvorlage gegenüber von dem Verhalten der verbündeten Regierungen gegenüber Annahme oder Ablehnung des Antrags über die Aufhebung des Jesuitengesetzes abhängig sei. Er könne auf das Verhalten seiner Partei in dieser Beziehung hinweisen. Einer ev. späteren Bormahme der zweiten Lesung würde sich seine Partei nicht widersetzen, jedoch nicht über morgen hinaus.

Abg. Bennigsen bittet, letzterem Wunsche zu entsprechen, damit die Parteien Stellung zum Antrag Riederer nehmen könnten. Demgemäß wird die zweite Lesung von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die Beratung des Antrags, den Befähigungsnachweis und die Handwerkerkammern, sowie die Einschränkung der Beschäftigung der Strafgefangenen.

Nach Begründung des Antrags durch den Abg. Jacobsoffter tritt Abg. Hedl den geistigen Ausführungen Riederers bezüglich der Handwerkerkammern entgegen. Wohl sitze in Süddeutschland der Meister neben dem Generalrath, doch habe es sich bald herausgestellt, daß der letztere einen viel größeren Einfluß besitze, als der Handwerksmeister.

Abg. Bod (Soz.) widerspricht, daß der Großbetrieb das Verderben der Handwerker sei.

Abg. Camp (Reichsv.) spricht seine Genugthuung aus, daß durch die Erklärung vom Regierungsrath aus jeder Zweifel beseitigt sei, als ob zwischen der preussischen und der Reichsregierung abweichende Absichten beständen. Er freue sich, daß Riederer sich dem Handwerk gegenüber freundlicher gestellt, als früher der Kollege Baumbach. Er halte die Schaffung einer Gewerbebank für geboten, diese hätte den Handwerkern das Geld zur Verfügung zu stellen. Großer Schaden bedeute ferner für

das Handwerk die Schleuderkonturen, die durch die Gefängnisarbeit unterlagt werde. Er halte es deshalb für geboten, eine Liste der im Gefängnis erlaubten Arbeiten aufzustellen. Das Handwerk bedürfte der Vorkontrolle, die sich mit dem Herbergs- und Leberlingswesen zu beschäftigen habe. Weitere Mängel seien in der unkoordinierten Buchführung und der oft unglücklichen Preisalkulation zu finden. Darüber müsse das Handwerk aufgeklärt werden. Bezüglich des Befähigungsnachweises stehe die Reichspartei auf demselben Standpunkt wie vor zehn Jahren. Kein Meister könne den Befähigungsnachweis abgeben, welcher nicht selbst eine bestimmte Anzahl von Jahren Lehrling gewesen sei.

Abg. Euler dankt der Regierung für die in den Erklärungen bewiesene Sympathie mit dem Handwerk, bittet sie aber um ein schnelleres Entwidlungstempo. Gegen die Ansicht, daß die den Innungen nicht angehörenden 10 des Handwerkerstandes auch Geaner der Innungen seien, müsse er energisch protestiren. Für die gegenwärtige Lage des Handwerkes sei der Befähigungsnachweis notwendig; er bitte die Regierung, denselben endlich zu geben; wenn auch die Erfahrungen in Oesterreich den Erwartungen nicht entsprochen haben, die man von ihm gehabt, so wünschten doch die Handwerker in Oesterreich nicht zu den Zuständen zurückzukehren, welche bis 1883, dem Jahre der Einführung des Befähigungsnachweises, geherrscht hätten, das Handwerk sei mit der Landwirtschaft die beste Stütze des Staates.

Nach Euler sprachen noch die Abgg. Pashide, Reichhaus und Bierck. Hierauf wird die Diskussion auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung stehen: Die zweite Beratung des Jesuitenanspruchs und die erste Beratung der Justizgesetze. Schluß 5 1/2 Uhr.

Berlin, 16. Jan. In der Budgetkommission des Reichstags rechtfertigte der Kriegsminister das Verfahren der Militärbehörden in Sachen der Oberfeuerwerker. Dasselbe sei durchaus korrekt gewesen.

Berlin, 16. Jan. Ein der Geschäftsordnungskommission des Reichstags zugegangener Antrag Bischof, betreffend die Erweiterung der Disziplinarbefugnisse des Präsidenten, bestimmt, daß ein Mitglied des Reichstags, welches gröblicher Weise die Ruhe des Hauses stört und den Anstand verlegt, auf Antrag des Präsidenten durch Beschluß der Mehrheit des Reichstags für die Dauer des Sitzungstages ausgeschlossen werden kann. Reistet der Betreffende keine Folge, so kann der Präsident die Sitzung aufheben. Dem Gemäßregelten kann vor der Aufhebung eine Äußerung darüber gestattet werden, ob er das, was er gesagt hat, in Abrede stellt oder um Entschuldigung für das Gesagte bittet.

Der Rücktritt Casimir-Periers.

Berlin, 16. Jan. Seine Majestät der Kaiser fuhr heute bei dem französischen Botschafter Herbette vor, um sich nach den Ereignissen in Paris zu erkundigen.

Paris, 16. Jan. In politischen Kreisen wird auf Casimir-Periers' lange Unterredung mit dem Senatpräsidenten vom 7. Januar hingewiesen, deren Resultat die energische Rede Challemel-Lacour's gegen die Revolutionären war. Man erwartet entscheidende Maßregeln und spricht von einem Ministerium des Widerstandes unter Waldeck-Rousseau und sogar von der Kammerauflösung. — Die Verhaftung des sozialistischen Abg. Carnond erregt die Parteigenossen und erzeugt das Gerücht von einem Staatsstreich.

Paris, 16. Jan. Das „Journal officiel“ theilt mit: Der Präsident beschloß sein Amt niederzulegen und ersuchte die Minister, ihre Demission provisorisch zurückzunehmen, um die Uebergabe der Gewalt zu sichern.

Paris, 16. Jan. Eine Privatdepesche der „Frankf. Zeitung“ meldet: Es geht das Gerücht, die Revolutionären hätten in den letzten Tagen versucht, die Tochter Casimir-Periers zu entführen. Die Redaktion der sozialistischen „Petite Republique“ veranstaltete noch in gestriger Nacht ein Champagnergelage, um den Triumph ihrer Partei zu feiern. — Das „Journal des Debats“ meldet, es seien dringende Schritte von Challemel-Lacour bei Casimir-Perier gethan worden, um ihn zur Rücknahme der Demission zu bewegen, sein Entschluß sei aber unerschütterlich. Das Blatt weist auf die wüthende Campagne gegen Casimir-Perier hin; er hätte sie gering achten können, wenn nicht das Centrum die Pflicht versäumt hätte, sich als Regierungspartei zu erklären. Beweise dafür seien die Wahl Brisson's zum Kammerpräsidenten und der jämmerliche Verlauf der Sitzung vom Montag. Casimir-Perier sei vor die Wahl gestellt worden, das alte Kabinett zusammenzulassen oder ein Konzentrationskabinett zu bilden, was administrative Anarchie bedeutet hätte; er empfand eine plötzliche Entmuthigung und Ekel und so erklärte sich seine Demission. Die Pariser Zeitungen glauben, die meisten Chancen für das Präsidentenamt haben Waldeck-Rousseau und Challemel-Lacour. Heute Vormittag herrschte die größte Bewegung im Ministerium des Innern, wo zahlreiche Deputirte mit Dupuy konferirten. Der Kongreß beginnt Morgen Mittag 1 Uhr.

Paris, 16. Jan. Die sozialistische Gruppe der Kammer veröffentlicht ein Manifest gegen Casimir-Perier, Dupuy und die kapitalistische Gesellschaft.

Berlin, 16. Jan. Dem Abgeordnetenhaus ging ein Entwurf eines preussischen Gerichtskostengesetzes mit ausführlicher Begründung zu.

Dresden, 16. Jan. Der Statthalter Fürst Hohenlohe-Langenburg wird heute Nachmittag in der Villa Strehlen von Ihren Majestäten dem König und der Königin empfangen werden und mit der Herzogin von Schleswig-Holstein an der königlichen Tafel theilnehmen.

Budapest, 16. Jan. Ein Handschreiben des Kaisers an Dr. Bekerele hebt dessen besondere Verdienste

zur Befestigung des Gleichgewichts des Staatshaushalts hervor und versichert Dr. Bekerele der unveränderten Gnade des Kaisers.

Brüssel, 16. Jan. Ihre Majestät die Königin hat sich eine starke Erkältung zugezogen und muß das Bett hüten.

Glasgow, 16. Jan. Während einer gestern Nacht abgehaltenen öffentlichen Versammlung wurde der Herzog von Argyll plötzlich von einer Ohnmacht befallen. Der Zustand ist kritisch.

Berlin, 16. Jan. Der große Petroleumlagerhof am Südufer der Spree brennt seit 11 Uhr Vormittags. Fast sämtliche Mannschaften der Berliner Feuerwehren sind bei den Löscharbeiten beschäftigt. Der Brand nimmt eine bedeutende Ausdehnung. Zwei Arbeiter werden vermisst, welche unvorsichtiger Weise die Explosion, welche den Brand zur Folge hatte, verursacht haben. Der Schaden wird auf 50 000 M. geschätzt. In dem Lagerhof befindet sich der Lagerraum fast sämtlicher Berliner Großkaufleute.

Rom, 16. Jan. Die Stadt Coni ist durch den riesigen Schneefall mit allen Verbindungen abgetrennt. Eine Arbeitergruppe wurde von einer Lawine verschüttet, wobei sieben Personen ums Leben gekommen sind. — Die Unterbrechung des gesamten Bahndverkehrs in Oberitalien dauert fort. — Letzte Nacht wurde der Stationsvorsteher des Centralbahnhofes in Mailand, Namens Benoni, durch einen Messerich in den Unterleib ermordet. Der Mörder ist verhaftet.

Brüssel, 16. Jan. Im Anschluß an die gestrige Schwurgerichtssitzung, in welcher gegen fünf Redakteure wegen Aufreizung gegen das Militärgesetz verhandelt wurde und welche sämmtlich freigesprochen wurden, wird jetzt bekannt gegeben, die Regierung beabsichtige demnächst ein Gesetz gegen sozialistische Aufreizungen in dem Heere einzubringen. Die Regierung wird einen derartigen Gesetzentwurf den Kammern auch dann vorlegen, wenn derselbe keine Aussicht habe, angenommen zu werden.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 17. Jan. 10. Ab. Bock. Mittelpreise. Eingetretener Hindernisse wegen statt „Diamant“ und „Düffel und Grotel“: „Düffel und Grotel“, Märchenspiel in 2 Akten (3 Bildern) von Adelheid Wette, Musik von Engelbert Humperdinck, und „Die Puppenknecht“, Balletdivertissement von J. Pascher und F. Gaal, Musik von J. Bayer. Anfang 7 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.

Auszug aus dem Karlsruher Standesbuch-Register. Ehe aufgebote. 15. Jan. Gottlob Haack von Grömbach, Bierbrauer hier, mit Christine Seid von Wenden. — Robert Freitag von Teterow, Sergeant hier, mit Anna Dunkelberg von Freiberg i. S. — Benedikt Damm von Barch, Schlosser hier, mit Katharina Rabolt von Schilberg. — Georg Dowaald von Gaarden, Ingenieur in Kiel, mit Klara Schwindt von hier. — 16. Jan. Adolf Schneider von Bruchsal, Maler hier, mit Elisabeth Waisch von hier. Todefälle. 14. Jan. Marie, Witwe von Philipp Hoyer, Oberrechnungsrath, 67 J. — 15. Jan. Charlotte, 1 J. 17 T. — B.: Friedrich Braun, Schuhmacher.

Wetterbericht des Centralbureaus. Met. u. Hyd. v. 16. Jan. 1896. Die Luftdruckvertheilung hat auch in den letzten 24 Stunden eine nennenswerthe Aenderung nicht erfahren, indem Mitteleuropa noch unter der Herrschaft einer tiefen, im Westen gelegenen Depression steht, deren Minimum heute den Georgs-Kanal bedeckt; das Hochweir mit Regen in den tieferen und Schneefällen in den höheren Lagen dauert dementsprechend fort. Weiteres Anhalten desselben ist zu erwarten, da sich die Depression nur langsam fortzubewegen scheint.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 16. Jan., Mittags, 2.80 m, gestiegen 7 cm.

Telegraphische Kursberichte

vom 16. Januar 1896. Frankfurt. (Anfangskurse.) Kreditaktien 338 1/2, Staatsb. 333 1/2, Lomb. 87 1/2, 3% Portugiesen 25.70, Caudier 105.20, Ungarn 102.—, Diskonto-Kommandit 207.70, Gotthardaktien 184.70, Tendenz: unentschieden. Frankfurt. (Schlusskurse.) Wechsel Amsterdam 169.20, Wechsel London 204.22, Paris 811.25, Wien 164.55, Privatdiskonto 1 1/2, Napoleons 16.21, 4% Deutsche Reichsanleihe 106.20, 5% Deutsche Reichsanleihe 98.90, 4% Preuß. Konsols 106.—, 4% Baden in Gulden 104.10, 4% Baden in Mark 105.60, 5% Griechen 29.20, 4% Monopolaktien 32.40, 5% Italiener 88.20, Deherr. Goldrente 103.10, Deherr. Silberrente 83.25, Deherr. Boose von 1850 131.80, 4 1/2% Portugiesen 37.50, III. Orientanleihe 65.45. Frankfurt. (Schlusskurs II.) Spanien 74.80, Zoll-Türken 101.95, 1% Türken D. 26.20, 4% Ungarn 102.20, 5% Argentinier 49.60, 6% Mexikaner 70.60, Berliner Handels-Gesellschaft 154.80, Darmstädter Bank 152.10, Deutsche Bank 172.40, Diskonto-Kommandit 207.20, Dresdener 157.30, Deherr. Länderbank 233, Deherr. Kreditaktien 288 1/2, Hess. Ludwigsbahn 124.70, Lombarden 87 1/2, Staatsbahn 333 1/2, Elbthalaktien 231 1/2, Schweizer Nordostbahn 133.60, Mittelmeerbahn 92.30, Meridional 123.80, Babilische Zuckerfabrik 63.—, Nordd. Lloyd 88.60. (Rachbörse.) Kreditaktien 339 1/2, Diskonto-Kommandit 207.80, Staatsbahn —.—, Lombarden 87 1/2, Russen 220.—, Tendenz: fest. Berlin. (Anfangskurse.) Kreditaktien 250.90, Diskonto-Kommandit 207.50, Staatsbahn 165.—, Lombarden 43.25, Russ. Noten 220.—, Banquiers 123.75, Harpener 141.40, Südb. —.—. Berlin. (Schlusskurs.) Kreditaktien 251.80, Diskonto-Kommandit 207.60, Lombarden 43.20, Russ. Noten 222.60, Bodumer Geschäft 138.40, Gelsenkirchen Bergwerk 160.20, Laurahütte 123.25, Harpener 139.75, Privatdiskonto 1 1/2. Wien. (Börse.) Kreditaktien 412.75, Staatsbahn 400.90, Lombarden 104.00, Marknoten 60.80, 4% Ungarn 124.20, Papierrente 100.50, Deherr. Kronenrente 100.60, Länderbank 283.50, Ungar. Kronenrente 99.—, Tendenz: schwach. Paris. (Schlusskurs.) 3% Rente 101.75, Spanien 73 1/2, Türken 26.22, 3% Portugiesen 25 1/2, Banque Ottomane 679.—, Rio Tinto 377.—, Tendenz: —.—. Abendkurse vom heutigen Tage. Berlin. Diskonto-Kommandit 207.50, Bodumer 138.50, Dortmunder 63.40. Frankfurt. Kredit 340 1/2, Diskonto 207.90, Staatsbahn 334 1/2, Lombarden 87 1/2, Gelsenkirchen 160.75, Türken —.—, Portugiesen 25.70, 6% Mexikaner 70.70, Tendenz: fest. Paris. 3% Rente 101.85, 3% Portugiesen 24 1/2, Spanien 73 1/2, Türken 26.30, Banque Ottomane 679.—, Rio Tinto 375.—, Banque de Paris 730.—, Italiener 85.65, Tendenz: behauptet. Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Dankfagung.
Karlsruhe. Für die vielen Beweise innigster Theilnahme an dem unerreglichen, schweren Verluste, der uns betroffen, sagen wir allen Freunden und Bekannten den tiefgefühltesten Dank.
Im Namen der kiestrauernden Hinterbliebenen:
Sophie Reutti, geb. Riggler.
Karlsruhe, den 15. Januar 1895. D. 39.

Badischer Frauenverein.
Am 1. März beginnt der erste diesjährige Lehrcurs zur Ausbildung in der Krankenpflege im Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus hier. Es ergibt deshalb an diejenigen, mindestens 20 Jahre alten Mädchen, welche gelassen sind, als Schülerinnen in den Lehrcurs einzutreten, die Anforderung, sich in **thunlichster Weise** unter Vorlage eines Geburts- und Zeugnisses, einer ärztlichen Beurteilung über die Gesundheitsverhältnisse, sowie eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes der Bewerberin, bei dem unterzeichneten Vorstande schriftlich oder mündlich anzumelden.
Karlsruhe, den 12. Januar 1895.
Der Vorstand der Abtheilung III.

Bekanntmachung.
Den Hebammenunterricht an der Hebammenschule zu Donaueschingen betreffend.
Der Unterricht an der Hebammenschule zu Donaueschingen beginnt am **15. Februar l. J.** und dauert vier Monate.
Frauenspersonen, welche an demselben Theil zu nehmen wünschen, haben die erforderlichen Zeugnisse über ihr Alter, ihren Verstand und ihre geistige und körperliche Befähigung bis **8. Februar l. J.** an den Unterzeichneten einzuwenden. Sie finden Aufnahme in der Schule, soweit Platz vorhanden ist, und erhalten von hier aus ihre Zulassung ausgehändigt.
Die Zugelassenen haben sich am **Freitag den 15. Februar, Morgens 9 Uhr**, in dem Anstaltsgebäude (Poststraße Nr. 87) einzufinden.
Das Honorar für den Unterricht beträgt **40 Mark**, die Entschädigung für die Verpflegung während der Dauer des Unterrichtskurses **220 Mark**. Beide Beträge sind gleich beim Eintritte baar zu bezahlen.
Schülerinnen aus dem fürstlich fürstlich-fürstlichen Standesgebiete wird auf gemeinderätliches Ansuchen bei der fürstlich fürstlich-fürstlichen Minderstiftungs-Commission in Donaueschingen Befreiung vom Unterrichtsbonus gewährt; auch können die Verpflegungskosten derselben ermäßigt oder ganz nachgelassen werden.
Die Verpflegung der in die Hebammenschule aufgenommenen Schwangeren und Wöchnerinnen wird kostenfrei gewährt und erhalten dieselben auch sämtliche Reisekosten erlost.
Hebammen, welche der Anstalt Schwestern zuweisen, erhalten für jede einzelne 3 M., welche ihnen am Schlusse des Unterrichtskurses ausbezahlt werden, insofern die Schwangeren bei ihrem Eintritte einen von der Hebammenausgestellten Aufzeichnungsbogen vorzeigen.
Die Groß-Bezirksämter und Bezirksärzte werden um gefl. Beachtung des Erlasses Groß-Bezirksministeriums des Innern vom 20. Dezember 1873, Nr. 18301, ersucht.
Donaueschingen, den 14. Januar 1895.
Der Vorstand der Hebammenschule:
Med. Rath Dr. Dauter.

Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft.
Wir beehren uns anzuzeigen, daß wir in Folge Schiffahrts-schlusses den **Sammeldienst** nach dem **Niederrhein, Belgien und Holland** wieder aufgenommen haben.
Güter bitten wir an unsere Adresse Mannheim — Waggonlabung mit der Abstellvorschrift **rothe Halle** — abzurichten.
Mannheim, im Januar 1895.
Die Direction.

Öffentliche Mahnung
zur Erneuerung oder Streichung der über 30 Jahre alten Einträge in den Grund- und Pfandbüchern der Gemeinde **Raenthal**.
Diejenigen Personen, zu deren Gunsten Einträge von Vorzugs- und Unterpfandrechten länger als 30 Jahre in den Grund- und Unterpfandbüchern der **Gemeinde Raenthal, Amtsgerichtsbezirks Raenthal**, eingetragen sind, werden hiermit auf Grund des Gesetzes vom 28. Januar 1874 aufgefordert, die Erneuerung derselben bei dem Pfand- und Gewährgerichte unter Beobachtung der in § 20 der Vollzugsverordnung des vorerwähnten Gesetzes vorgeschriebenen Formen **binnen sechs Monaten** nachzulassen, falls sie noch Ansprüche auf das Fortbestehen dieser Einträge zu haben glauben, widrigenfalls die Einträge nach Umfluß genannter Zeit gemäß dem oben erwähnten Gesetze gestrichen werden.
Das Verzeichnis der in den Grund- und Pfandbüchern der Gemeinde vorhandenen mehr als dreißig Jahre alten Einträge liegt auf dem Gemeindehause dahier zur Einsicht auf.
Raenthal, den 15. Januar 1895. D. 29.
Das Gewähr- und Pfandgericht. Der Vereinigungskommissar:
Res. Bürgermeister. Scherer.

Nebenbeschäftigung
durch Fertigung von **Abwärtigen zc.** Gest. Offerten unter **O. 179** zu richten an **Daasenstein & Vogler A.G. Karlsruhe.**
Bürgerliche Rechtspflege.
Konkursverfahren.
D. 40. Nr. 2376. Mannheim. Ueber das Vermögen des Schuhmachers und Händlers **Theodor Vertsch** jung in **Reckart** an in heute Nachmittag 4 Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden.
Zum Konkursverwalter ist ernannt: **Kaufmann Friedr. Bühler** in Mannheim D. 210.
Konkursforderungen sind bis zum 8. Februar 1895 bei dem Gerichte anzumelden und werden daher alle diejenigen, welche an die Masse als Konkursgläubiger Ansprüche machen wollen, hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche mit dem dafür verlangten Vorrechte bis zum genannten Termine entweder schriftlich einzureichen oder der Gerichtsschreiberei zu Protokoll zu geben unter

Karlsruher Schriftsteller- und Journalisten-Verein.
Auf Grund des § 4 der Statuten beehren wir uns, sämtliche Mitglieder des Vereins zur **ordentlichen Jahres-Hauptversammlung** auf **Donnerstag, 31. Januar 1895, Abends punkt 8 Uhr**, im Saale des Museums, Parterre links, ergebenst einzuladen. Gegenstände der Tagesordnung sind statutengemäß:
1. Bericht des Vorstehenden über das abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Bericht des Schatzmeisters desgl.
3. Anträge des Vorstandes auf folgende Statutenänderungen:
a. § 2 Absatz zwei und drei erhalten nachstehende Fassung:
„Identisches Mitglied kann jeder unbescholtene hiesige oder auswärtige Schriftsteller oder Journalist sein, außerordentliches jeder andere unbescholtene Staatsbürger. Auch weibliche Mitglieder sind in beiden Klassen zugelassen.“
Die Aufnahme aller Mitglieder erfolgt auf deren Anmeldung durch den Vorstand mit absoluter Stimmenmehrheit seiner Mitglieder. Der nächsten Hauptversammlung ist davon Anzeige zu erhalten.“
b. Im § 6 Absatz drei ist das Wort „durchreisende“ durch das Wort „Korrespondent“ zu ersetzen. § 6 erhält folgenden Zusatz: „Alle Statutenänderungen des Vorstandes an die Mitglieder erfolgen mit bindender Kraft durch das Karlsruher Tagblatt.“
4. Neuwahl des Vorstandes und zweier Rechnungsrevisoren.
Karlsruhe, den 16. Januar 1895. D. 34.
Der Vorstand.

D. 30. Nr. 198. Donaueschingen. Die fürstlich fürstlich-fürstliche Ausstattungsgabe für 1895
ist zu vergeben.
Die Bürgermeisterämter der fürstlich fürstlich-fürstlichen Gemeinden werden mit Bezug auf die ihnen mitgetheilte Eintragungsurkunde vom Jahre 1854 ersucht, dieselbe den zur Vernehmung Berufenen zu eröffnen, damit sie ihre Eingaben mit den vorgeschriebenen Zeugnissen längstens bis **1. März d. J.** bei den betr. Rentämtern einreichen.
F. MENZER, Karlsruhe i. B.,
— Telefon 309 —
Ettingerstraße 73,
Fabrik & Grosshandlung
chemischer Präparate für die
gesamte Technik,
insbesondere für: Metallverarbeitung,
Bijouteriewaaren, Waffen- und Uhrenfabriken, Gold- & Silberindustrie, Galvanoplastik, Galvanostegie, Photographie, Autotypie, Lithographie und andere graphische Künste, Wäscherei, Färberei, Holz- & Möbeldindustrie, sowie für Hausbedarf & Landwirthschaft. Technische Auskünfte u. Consultationen für Abnehmer gratis. Nro. 6

Bürgerliche Rechtspflege.
Vermögensabsonderung.
D. 26. Nr. 187. Mannheim. Die Ehefrau des Schuhmachers **Ferdinand Schniger**, Pauline, geb. Fering, a. Rt. in Reichen, wurde durch Urtheil der Civilkammer II des Groß-Bezirksgerichts Mannheim vom 2. Januar 1895 für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes absondern.
Dies wird zur Kenntnissnahme der Gläubiger durch veröffentlicht.
Mannheim, den 7. Januar 1895.
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts: Dr. Strauß.

Verschuldenheitsverfahren.
D. 23.1. Nr. 215. Forstberg. Das Groß-Bezirksamt Forstberg hat folgenden **Borbescheid** erlassen:
Die mutmaßliche Erbin des am 22. Januar 1864 in Schwabhausen geborenen und im Großherzogthum zuletzt dort wohnhaft gewesenen Kaufmanns **Karl Jakob Keller**, welcher im Jahre 1884 zum Reichslandmann aus nach Amerika ausgewandert ist und seit dem 27. Dezember 1887 keine Nachricht mehr von sich gegeben hat, hat den Antrag gestellt, denselben für verstorben zu erklären, binnen Jahresfrist Nachricht von sich an das Amtsgericht gelangen zu lassen. Alle diejenigen, welche Auskunft über Leben oder Tod des Vermissten zu ertheilen vermögen, werden aufgefordert, binnen der gleichen Frist hierüber Anzeige zu erlassen.
Forstberg, den 8. Januar 1895.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Vierneisel.**

Erbeinweilungen.
D. 24.1. Nr. 903. Freiburg. **Jacob Dörner**, Verwaltungsassistent hier, hat um Einlegung in die Gewähr des Nachlasses seiner am 17. August 1893 verstorbenen Ehefrau, **Anastasia, geb. Seiberlich**, erbeten.
Etwas Einwendungen biegen sich binnen 4 Wochen bei Gr. Amtsgericht dahier vorzubringen, widrigenfalls dem Antrag entsprochen werden wird.
Freiburg, den 15. Januar 1895.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **A. Merz.**

Aussorderung.
D. 10. Schopfheim. **Maria Elisabetha**, geborene **Kang**, Witwe des **Schreiners Wilhelm Friedrich Köber** von Entenstein, ist am Nachlasse ihres von **Fabrizius** geborenen **Vaters**, des **Witwers Wilhelm Kang**, gesetzlich erbberechtigt und wird, da ihr Aufenthalt gänzlich unbekannt ist, hiermit aufgefordert, zwecks Beizugs zu den Theilungsverhandlungen **innerhalb 6 Wochen** Nachricht von sich zu geben.
Schopfheim, den 11. Januar 1895.
Großherzogp. Notar **Zintlefer.**

Öffentliche Aushandlung.
D. 20. Jahr. Am Nachh. der dahier verstorben **Georg Segner** Witwe, **Margaretha Salomea, geb. Ringold**, sind die an unbekanntem Orte abwesenden Geschwisterabkömmlinge der Verstorbenen: **Heinrich Dörner** aus Ems und **Vermaun Ringold** aus Fahr, gesetzlich erbberechtigt.
Dieselben werden aufgefordert, behufs Beizug zu den Verlassenschaftsverhandlungen **binnen 6 Wochen** Nachricht an den unterzeichneten Notar gelangen zu lassen.
Fahr, den 14. Januar 1895.
Groß-Notar **Dilger.**
Strafgerichtspflege.
D. 15.1. Nr. 526. Durlach. Der am 13. Februar 1867 zu Oberbaldingen geborene, zuletzt in Durlach wohnhaft gewesene **Knecht Konrad Stanz**, dessen Aufenthalt unbekannt ist und welchem zur Zeit geistlich ist, daß er als beurlaubter Reservist ohne Erlaubnis ausgemauert ist — Uebertretung des § 360 Biff. 3 St. G. — wird auf Anordnung des Groß-Bezirksgerichts hier selbst auf **Montag den 4. März 1895, Vormittags 9 Uhr**, vor das Groß-Bezirksgericht Durlach zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird dieselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Rönigl. Bezirkskommando Karlsruhe ausgestellten Erklärung verurtheilt werden.
Durlach, den 14. Januar 1895.
F r a n t.
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts: **N. 941.3. Nr. 11. 260. Mannheim.**
Der am 4. Februar 1869 zu Asbach geborene **Schüler Heinrich Baier**, und der am 2. Januar 1869 zu Raith geborene **Stullateur Gottlieb Hoffmann**, beide zuletzt wohnhaft in Mannheim, zur Zeit unbekannt wo, werden beauftragt, daß sie, Baier als beurlaubter Reservist, Hoffmann als Landwehrmann zweiten Aufgebots ohne Erlaubnis ausgewandert sind.
Uebertretung gegen § 360 Biff. 3 St. G. V.
Dieselben werden auf Anordnung des Gr. Amtsgerichts Abth. VI hier selbst auf **Mittwoch den 13. März 1895, Vormittags 8 1/2 Uhr**, vor das Groß-Bezirksgericht hier zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Hauptmeldeamt Mannheim ausgestellten Erklärungen vom 28. Dezember 1894 verurtheilt werden.
Mannheim, den 9. Januar 1895.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Staudt.**

D. 192. Nr. 117. Heidelberg. Wasserleitung Schönau.
Die **Gemeinde Schönau**, Amt Heidelberg, 5 Kilometer von der Station **Reckart** nach der bad. Bahnstrecke **Heidelberg—Wörben** entfernt und von dieser aus auf ebener Landstraße erreichbar, vergibt im Submissionswege die nachstehenden Arbeiten:
1. Herstellung von 4671 lfdm. Rohrgraben,
2. Vorfahrung und Montirung von 472 lfdm. von 125 mm Lichtweite 2006 " " 100 " " 1915 " " 80 " " 249 " " 40 " " ferner 26 Hydranten, 34 Schieber, Aufstellung des Reservoirs zc.
3. Herstellung eines Reservoirs von 45 cbm Inhalt aus Beton mit Eingang aus Sandstein.
Angebote auf diese Arbeiten sind verschlossen und mit der Aufschrift „Wasserleitung Schönau“ versehen bis längstens **zum 29. d. M., Vormittags 11 Uhr**, an den Gemeinderath Schönau einzufinden. Pläne, Bedingungen und Kostenanschläge können gegen Entrichtung der

D. 36. Karlsruhe. Groß-Bezirksamt. Staats-Eisenbahnen.
Mit Gültigkeit vom 15. Januar d. J. wird in die Klasse 7 des westdeutschen Sechsten Ausnahmestarfs der Artikel **Kakaobutter** aufgenommen.
Karlsruhe, den 14. Januar 1895.
Generaldirection.
D. 35. Karlsruhe. Groß-Bezirksamt. Staats-Eisenbahnen.
Mit Wirkung vom 1. Februar l. J. wird für die Beförderung von **Wald, Motharman u. Delaaten von Mannheim nach Gottenheim (Kaiserstuhl)** ein Ausnahmestrafkraft von 0,96 Mark für 100 kg eingeführt.
Karlsruhe, den 14. Januar 1895.
Generaldirection.
D. 19.1. Karlsruhe. Groß-Bezirksamt. Staats-Eisenbahnen.
Wir veröffentlichen gegen **Verzinsung** am **Montag den 21. d. M., Vormittags 9 Uhr** beginnend, in unserem Vertheilungsraum, Eingang beim **Eilinger Wegübergang**, die im 4. Quartal 1893 eingeleiteten **Fundstücken** und **Frachttarife**.
Karlsruhe, den 14. Januar 1895.
Groß-Bezirksamt (Eingang der Eisenbahn-Magazine).
D. 28. Nr. 1534.1. Freiburg. Bekanntmachung.
Die **Erstellung eines Kreuzungsgleises** auf der Station **Bittenweiler**, hier die **Geländevermessung** betr. Gemäß § 22 des Gesetzes vom 28. August 1835, die Zwangsabtretung betr., bringen wir zur öffentlichen Kenntniss, daß die Eigentümer der zur Erstellung dieses Kreuzungsgleises auf der Station Bittenweiler nöthigen **Geländestrecken**, nämlich **Josef Bernauer, Adolf Bernauer, Kaufmann, Elisabetha Bernauer** ledig und **Wermann Gremelsbacher** Ww., sämtlich in und unter 12. bezufl. 14. d. Mts. unter Vorbehalt der nachträglichen Festlegung der ihnen zukommenden Entschädigung in die beehrte Abtretung eingewilligt haben.
Freiburg, den 14. Januar 1895.
Groß-Bezirksamt. Sonntag.

D. 37. Nr. 183. Karlsruhe. Wasserleitungsarbeiten.
Zur Erweiterung der Wasserleitung auf dem **Verdunstungs- und landwirtschaftlich-botanischen Versuchsanstalt** dahier wird die Herstellung einer 280 m langen, 60 mm weiten auf eisernen **Höhrenfahrt** samt 8 Hydranten und bergl. öffentlich vergeben.
Pläne und Bedingungen sind bei **Groß-Bezirksamt, Inspektion Karlsruhe, Reckenbacherstraße 25**, einzusehen oder von dieser Stelle nach auswärtig gegen 1 Mk. Entsch. zu beziehen.
Angebote sind längstens bis **1. Februar, Morgens 9 Uhr**, bei genannter Behörde einzureichen. Zuschlagsfrist 8 Tage.
Nr. 731.2. Nr. 4159. Karlsruhe. **Bauführergeuch für den Amtsfängnis-Neubau in Karlsruhe.**
Zur Beaufsichtigung der planmäßigen Ausführung und Leitung der Arbeiten des genannten Neubaus wird ein zuverlässiger, praktisch thätig gebildeter **Bauführer** gesucht, der auch mit dem Aufstellen von Bauabrechnungen vertraut sein muß.
Der Eintritt hat am 14. Februar begw. 1. März 1895 zu erfolgen.
Die Dauer der Beschäftigung beträgt zwei Jahre. Bewerber wollen sich unter Vorlage von Zeugnissabschriften und Verfügen ihrer Gehaltsansprüche spätestens bis **10. Februar 1895** bei dem Sekretariat der Baudirection schriftlich melden.
Karlsruhe, den 2. Januar 1895.
Groß-Bezirksamt. D u r m. Martin.

Cobialgebühren von 1 Mark von der **Groß-Bezirksamt Inspektion Heidelberg** bezogen werden.
Eröffnung der eingelaufenen Angebote findet am **Dienstag den 29. Januar d. J., Vormittags 11 Uhr**, auf dem Rathhause in **Schnau** statt. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
D. 43. Karlsruhe. Arbeiter-Christof **Molle** und dessen Ehefrau, **Katharina, geb. Köhner** in Mannheim, haben um die Erlaubnis nachgesucht, den Familiennamen des am 16. Februar 18-8 zu Mannheim geborenen **Otto Bender** in „Molle“ umändern zu dürfen.
Etwas Einsprüche gegen die Bewilligung dieses Gesuches sind innerhalb drei Wochen dahier einzureichen.
Karlsruhe, den 11. Januar 1895.
Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterricht. In Betreffung: v. Neubronn. Dietzke.

D. 36. Karlsruhe. Groß-Bezirksamt. Staats-Eisenbahnen.
Mit Gültigkeit vom 15. Januar d. J. wird in die Klasse 7 des westdeutschen Sechsten Ausnahmestarfs der Artikel **Kakaobutter** aufgenommen.
Karlsruhe, den 14. Januar 1895.
Generaldirection.
D. 35. Karlsruhe. Groß-Bezirksamt. Staats-Eisenbahnen.
Mit Wirkung vom 1. Februar l. J. wird für die Beförderung von **Wald, Motharman u. Delaaten von Mannheim nach Gottenheim (Kaiserstuhl)** ein Ausnahmestrafkraft von 0,96 Mark für 100 kg eingeführt.
Karlsruhe, den 14. Januar 1895.
Generaldirection.
D. 19.1. Karlsruhe. Groß-Bezirksamt. Staats-Eisenbahnen.
Wir veröffentlichen gegen **Verzinsung** am **Montag den 21. d. M., Vormittags 9 Uhr** beginnend, in unserem Vertheilungsraum, Eingang beim **Eilinger Wegübergang**, die im 4. Quartal 1893 eingeleiteten **Fundstücken** und **Frachttarife**.
Karlsruhe, den 14. Januar 1895.
Groß-Bezirksamt (Eingang der Eisenbahn-Magazine).
D. 28. Nr. 1534.1. Freiburg. Bekanntmachung.
Die **Erstellung eines Kreuzungsgleises** auf der Station **Bittenweiler**, hier die **Geländevermessung** betr. Gemäß § 22 des Gesetzes vom 28. August 1835, die Zwangsabtretung betr., bringen wir zur öffentlichen Kenntniss, daß die Eigentümer der zur Erstellung dieses Kreuzungsgleises auf der Station Bittenweiler nöthigen **Geländestrecken**, nämlich **Josef Bernauer, Adolf Bernauer, Kaufmann, Elisabetha Bernauer** ledig und **Wermann Gremelsbacher** Ww., sämtlich in und unter 12. bezufl. 14. d. Mts. unter Vorbehalt der nachträglichen Festlegung der ihnen zukommenden Entschädigung in die beehrte Abtretung eingewilligt haben.
Freiburg, den 14. Januar 1895.
Groß-Bezirksamt. Sonntag.

D. 37. Nr. 183. Karlsruhe. Wasserleitungsarbeiten.
Zur Erweiterung der Wasserleitung auf dem **Verdunstungs- und landwirtschaftlich-botanischen Versuchsanstalt** dahier wird die Herstellung einer 280 m langen, 60 mm weiten auf eisernen **Höhrenfahrt** samt 8 Hydranten und bergl. öffentlich vergeben.
Pläne und Bedingungen sind bei **Groß-Bezirksamt, Inspektion Karlsruhe, Reckenbacherstraße 25**, einzusehen oder von dieser Stelle nach auswärtig gegen 1 Mk. Entsch. zu beziehen.
Angebote sind längstens bis **1. Februar, Morgens 9 Uhr**, bei genannter Behörde einzureichen. Zuschlagsfrist 8 Tage.
Nr. 731.2. Nr. 4159. Karlsruhe. **Bauführergeuch für den Amtsfängnis-Neubau in Karlsruhe.**
Zur Beaufsichtigung der planmäßigen Ausführung und Leitung der Arbeiten des genannten Neubaus wird ein zuverlässiger, praktisch thätig gebildeter **Bauführer** gesucht, der auch mit dem Aufstellen von Bauabrechnungen vertraut sein muß.
Der Eintritt hat am 14. Februar begw. 1. März 1895 zu erfolgen.
Die Dauer der Beschäftigung beträgt zwei Jahre. Bewerber wollen sich unter Vorlage von Zeugnissabschriften und Verfügen ihrer Gehaltsansprüche spätestens bis **10. Februar 1895** bei dem Sekretariat der Baudirection schriftlich melden.
Karlsruhe, den 2. Januar 1895.
Groß-Bezirksamt. D u r m. Martin.